

## D-01 JA zur Klimaschutzklage in Deutschland!

Antragsteller\*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

1 Die menschengemachte Klimakatastrophe zeigt auch in diesem Jahr ihre Folgen wie Dürren und  
2 Waldbrände, weil es weiterhin nicht gelingt, den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch zu  
3 reduzieren. Da macht es Mut, dass der Hambacher Wald zwischenzeitlich durch eine  
4 Gerichtsentscheidung vor einer Abholzung durch RWE bewahrt werden konnte. Das verleiht uns  
5 aber nur eine Atempause, **Kohlekraftwerke verbrennen jeden Tag unsere Zukunft**, wir müssen  
6 endlich Elektrizität, Mobilität und Wärme ohne Kohle, Erdöl und Erdgas und dafür 100%  
7 erneuerbar bereitstellen.

8 CDU, SPD und CSU wollen auf Bundesebene keine Klimaschutzpolitik betreiben, weil sie die  
9 fossilen Interessen vertreten. Aber ein gutes Klima, saubere Luft und möglichst viele  
10 lebendige Tierarten werden wir so nicht bekommen, daher liegt es nun an allen unseren  
11 Mitstreiter\*innen, den Umweltschutzorganisationen, allen Umweltschützer\*innen und an uns  
12 GRÜNEN, trotzdem möglichst schnell ernsthaften Klimaschutz zu erreichen.

- 13 • **BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN werden daher umgehend eine Klimaschutzklage nach dem**  
14 **erfolgreichen Vorbild der Niederlande auch in Deutschland initiieren.**
- 15 • Sollte eine Klimaschutzklage in Deutschland zum Zeitpunkt unserer  
16 Bundesdelegiertenkonferenz schon durch eine oder mehrere **Umweltschutzorganisationen**  
17 erfolgt sein oder kurz bevor stehen, so werden wir GRÜNE deren Klage inhaltlich und  
18 finanziell unterstützen. Unser GRÜNER-Beitrag sollte dann mindestens 10 Cent pro  
19 Mitglied betragen, der Gesamtbetrag von über 7.000 Euro hilft bei der Finanzierung der  
20 Klimaschutzklage und symbolisiert unser Bekenntnis zu ernsthaftem Klimaschutz.
- 21 • Sollte es nicht zu einer solchen Klimaschutzklage in Deutschland kommen, so ist der  
22 vorgenannte Betrag zur Unterstützung der bereits laufenden Klage **zehn betroffener**  
23 **Familien** gegen die zu langsame Klimaschutzpolitik der Europäischen Union zu verwenden.  
24 Mehr dazu unter: [https://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimaklage-gegen-die-](https://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimaklage-gegen-die-eu-zugelassen/22911610.html)  
25 [eu-zugelassen/22911610.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimaklage-gegen-die-eu-zugelassen/22911610.html)

26 **Wann, wenn nicht jetzt?**

27 **Wer, wenn nicht GRÜN?**

## Begründung

### Begründung der Dringlichkeit:

Das ermutigende Urteil in den Niederlanden wurde erst nach Antragsschluss verkündet:

**”Es ist ein historisches Urteil: Die niederländische Regierung muss den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen bis 2020 deutlich senken. Klimaschützer hatten den Staat verklagt.**

Die Niederlande müssen nach einem Gerichtsurteil den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduzieren. Der Staat müsse weitaus mehr gegen den Klimawandel tun als bisher, urteilte das Zivilgericht von Den

Haag und bestätigte im Berufungsverfahren das als historisch geltende Urteil der ersten Instanz von 2015.“  
<https://www.tagesschau.de/ausland/klimaurteil-niederlande-101.html>

### **weitere Antragsteller\*innen**

Stephan Wiese (Stormarn KV); Walter Schüscke (Hamburg-Altona KV); Siegbert Hardieß (Westerwald KV); Julian Breitschwerdt (Karlsruhe-Land KV); Danny Kröger (Köln KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Marcel Kummerfeld (Hamburg-Eimsbüttel KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Herbert Kluth (Trier-Saarburg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Sigrid Pomaska-Brand (Mark KV); Cornelia Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Jörg Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Ralf Bohr (Bremen-Ost KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Deniz Ertin (Köln KV); Hartwig Berger (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Uwe Lebelt (Berlin-Mitte KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Thomas Behr (Lüneburg KV); Bianca Renate Frömming (Bremen-Nord KV); Alexander Link (Heidelberg KV); Karl-Heinz Trick (Ortenau KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Norika Creuzmann (Paderborn KV); Stefan Galle (Herford KV)

## **D-02** Änderungsantrag zu EP-S-01

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 29.10.2018  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

### 1 **Ersetze in Zeile 391 - 393**

2 "Wir setzen uns auf europäischer Ebene für den Erhalt und die Stärkung internationaler und  
3 regionaler Rüstungskontrollregime ein. Die EU muss darauf hinwirken, diese Abkommen auch auf  
4 neue Bereiche der Kriegsführung - wie den Cyberraum oder Outer Space - auszudehnen."

### 5 **durch:**

6 "Der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland  
7 ist der wesentliche Pfeiler der internationalen Rüstungskontrolle und der europäischen  
8 Sicherheitsarchitektur. Die einseitige Aufkündigung dieses Vertrags durch die US-Regierung  
9 wäre fatal. Russische Aufrüstungsmaßnahmen haben den Vertrag in den letzten Jahren verletzt.  
10 Dennoch halten wir es für falsch, dieses Abkommen zu verlassen. Denn so steigt die Gefahr  
11 eines weltweiten nuklearen Wettrüstens dramatisch an – nicht nur zwischen den USA und  
12 Russland, sondern auch mit Blick auf andere Atommächte wie China, Iran oder Indien. Die EU  
13 muss jetzt alles dafür tun, dass der INF-Vertrag erhalten bleibt. Es ist nötiger denn je,  
14 glaubwürdig für den Erhalt und die Stärkung internationaler und regionaler  
15 Rüstungskontrollregime einzutreten. Maßnahmen zur Abrüstung muss die EU auch auf neue  
16 Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space – ausdehnen."

Diese Ergänzung ist aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen notwendig. Die Ankündigung von US-Präsident Trump, den INF-Vertrag aufzukündigen zu wollen, erfolgte, nachdem die Frist für Änderungsanträge abgelaufen war. Da Abrüstung und Rüstungskontrolle zentrale Anliegen unserer grünen Sicherheitspolitik sind, halten wir es für wichtig, unsere Haltung und Position dazu mit dieser Ergänzung deutlich zu machen."